

Die Parteimiliz wird reorganisiert

Verstärkung der SED-Kampfgruppen — Sowjets sind weisungsberechtigt

In das 6. Jahr ihrer Regierung geht die SED nun auch mit einer reorganisierten Parteimiliz hinein. Die seit fast einem Jahr bestehenden „Kampfgruppen“ in den Betrieben sollen bis zum 1. November völlig reorganisiert und danach direkt den Parteileitungen unterstellt werden. Während die SED nach außen hin den Eindruck eines völlig geordneten Staatswesens vortäuschen will, in dem eine der Partei unterstellte Regierung friedlich über ihre Untertanen herrscht, verleitet allein die Existenz solcher „Kampfgruppen“, mehr aber noch ihre plötzliche Reorganisation, zu nachdenklicher Betrachtung.

Die „Kampfgruppen“ wurden aus SED-Mitgliedern und zuverlässigen Aktivisten der Betriebe als Kampfeinheiten nach dem 17. Juni 1953 gebildet. Damals hatte die SED plötzlich erkennen müssen, daß ihr die größte Gefahr gerade aus den volkseigenen Betrieben droht. So sind die der Volkspolizei und der SED unterstellten KG's, wie man sie im Parteijargon zu nennen pflegt, auch nur zur Niederhaltung von Unruhen in den Betrieben gedacht. Jeder aktive Einsatz erfolgt nur mit besonderer Zustimmung der Partei.

In den letzten zehn Monaten haben die KG's eine unrühmliche Rolle gespielt. Die meisten ihrer Mitglieder schämten sich vor den Kollegen und blieben allmählich den Übungen fern. Durch die doppelte Unterstellung sowohl unter die Volkspolizei wie unter die Partei traten Meinungsverschiedenheiten auf.

So schlichen die „Kampfgruppen“ langsam ein. Den Rest gab das berüchtigte Brand- und Explosionsunglück von Wittstock, wo ein 700 Jahre altes Rathaus durch Fahrlässigkeit im Umgang mit Kampfgruppenmunition vernichtet worden ist.

Die neuen Maßnahmen sehen vor: Bildung sogenannter „Kampfstäbe“, bestehend aus dem SED - Betriebsleiter, dem Parteisekretär, dem Kampf-

gruppenleiter, seinem Stellvertreter und einem Leiter des VP-Werkschutzes. Dem Kampfstab werden zugeteilt: zwei Sanitäter, zwei Melder, ein Funker, ein Waffenmeister, ein Verantwortlicher für die Verpflegungs-Reserve.

Der Waffenmeister ist für folgende Bestände verantwortlich: Pro KG-Angehörigen ein Karabiner, vier Handgranaten, 150 Schuß Munition, eine Verpflegungsreserve für vier Wochen und drei Verbandspäckchen.

Die Kampfgruppen selbst werden von etwa 20 bis 30 Mann auf 50 bis 150 Mann verstärkt. Jede KG muß in etwa 20 Mann starke Züge aufgestellt werden.

Kommandogewalt hat die Partei durch ihre Bezirks-Einsatz-

stäbe, von deren Bildung man vorher ebenfalls nichts vernommen hat.

Eine bezeichnende Ausnahme in der Kommandogewalt: Während die Unterstellung an die VP oder KVP der Zustimmung der Partei bedarf, sind „sowjetische Einheiten und Beauftragte in jedem Fall weisungsberechtigt“. So heißt es wörtlich in der Dienstordnung der Kampfstäbe!

In der Praxis heißt das: Die SED muß, ohne auf den politisch prekären Zeitpunkt (5. Jahrestag, Wahlen) Rücksicht nehmen zu können, eine längst vergessene geübte Maßnahme verstärkt durchführen, weil sie sich in den Betrieben bedroht und angefeindet fühlt.

Seit diese neuen Maßnahmen vor etwa einer Woche akut geworden sind, ist etwas Bezeichnendes zu bemerken: Kampfgruppen-Angehörige machen sich an die Kollegen heran und beginnen über den „blödsinnigen Schießdienst, der jetzt wieder anfangen soll“, zu schimpfen. Über „den ganzen Unfug, der bloß böses Blut stiftet“, und so fort.

Vertiefung der Einheitsidee

„Unteilbares Deutschland“ beriet Maßnahmen

Bonn (DPA/AP). Maßnahmen zur Vertiefung der Wiedervereinigungsidee erörterte der Aktionsausschuß des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Volksbewegung für die Wiedervereinigung, auf einer Sitzung in Bonn. Wie der Präsident des Kuratoriums, der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe, mitteilte, wurde u. a. über Pläne beraten, durch die Besuchern

aus der Sowjetzone der Aufenthalt in der Bundesrepublik erleichtert werden könnte.

Ferner seien Möglichkeiten des kulturellen Austausches, der verstärkten Päckchenhilfe, insbesondere im Hinblick auf dringend benötigte Medikamente, sowie die stärkere Berücksichtigung des deutschen Einheitsgedankens im Schulunterricht und in der Erwachsenenbildung erwogen worden.

Der Grundstein

DT. Zu jeder internationalen Konferenz gehören ein unsicheres Auf und Ab der Verhandlungen, ein Hin und Her zwischen Optimismus und Pessimismus, und sogar die Krise, der das gute oder schlechte Ende folgt. So gesehen, war die Londoner Begegnung der neun Außenminister eine „richtige“, allen Ansprüchen und Erfahrungen entsprechende Konferenz. Sie begann mit großer Skepsis; dann erreichte sie mit dem britischen Angebot der ständigen Stationierung vier britischer Divisionen auf dem Kontinent ihren Höhepunkt mit schönstem Ausblick auf einen überraschend schnellen Abschluß; danach fielen die Erwartungen beinahe wieder auf den Nullpunkt zurück; aber schließlich kam doch die Einigung zustande. Den Höhepunkt der Konferenz schuf Eden, den ihm folgenden Tiefpunkt Mendès-France, und an dem guten Ende haben schließlich alle Partner, insbesondere aber Bundeskanzler Adenauer, ihren Anteil.

Das Ergebnis von London ist der Grundstein für ein Gebäude der Sicherheit, das allerdings erst errichtet werden muß. Diesen Grundstein zu legen war schwer; es war schwer, zur gemeinsamen Willenskundgebung zu gelangen, die in dieser „Londoner Akte“ festgelegt wurde. Nun treten die Baumeister nach Vorlage des Planes in den Hintergrund und überlassen den praktischen Aufbau ihren Gehilfen, jenen Instanzen, die jetzt die Grundsatzentschließung in Vertragsform zu bringen haben. Hierbei wird es sicherlich noch zu mancherlei Schwierigkeiten kommen. Hoffen wir, daß die Architekten fest bleiben, damit das Werk vollendet werde.

Wirklicher Erfolg

Die Dinge so zu sehen, ist kein Zeichen von Skepsis. Im Gegenteil, es wurde in London das erreicht, was erreicht werden konnte, und zwar durch Kompromisse von allen Seiten.

Wenn je der Wert echter Kompromisse demonstriert wurde, dann am Ende dieser Londoner Konferenz, die ständig extrem zwischen Optimis-

mus und Pessimismus sehr bedenklich geschwankt hat. London ist also ein wirklicher Erfolg, für Mendès-France wie auch für Adenauer.

Die SPD wird es bei der kommenden außenpolitischen Debatte schwer haben, diesen Erfolg rethorisch zu verringern. Man erwartet von ihr nun zumindest eine reale Wertung des Londoner Ergebnisses, das der Verwirklichung des europäischen Gedankens auf allen Gebieten nützlich ist — jenes Gedankens, der nicht im Gegensatz zur freiheitlichen, friedlichen Wiedervereinigung stehen wird und kann. In London haben sich die Westmächte zur Wiedervereinigung bekannt. Ollenhauer bemängelte, daß dort keine Initiative für die Wiedervereinigung gefunden worden sei.

Für die Wiedervereinigung ist aber durch die Londoner Beschlüsse sicherlich mehr getan worden, als es auf einer vorhergehenden Viererkonferenz mit den Sowjets hätte der Fall sein können. Denn künftig wird man sich nicht voraussetzungslos ohne den Rückhalt einer westlichen Machtgemeinschaft mit den Sowjets zusammensetzen, um Deutschlands Zukunft auszuhandeln.

Verstärkte Initiative

Diese Londoner Beschlüsse können und müssen also die Voraussetzung für eine verstärkte Initiative zur Wiedervereinigung sein. Die Politik des Bundes wird im Hinblick auf das in westlicher Richtung Erreichte nun ihr Augenmerk verstärkt nach Osten richten müssen. Die freiheitliche Wiedervereinigung — wohlgerneht, die in London geforderte und bekräftigte freiheitliche Wieder-

vereinigung mit friedlichen Mitteln ohne jede Gewalt! — bleibt Hauptaufgabe. London bedeutet gelungene Vorarbeit. Und das um so mehr, als beispielsweise das Einlenken des Bundeskanzlers im Hinblick auf den Produktionsverzicht auf schweren und ABC-Waffen faktisch nicht nur ein Entgegenkommen an Frankreich gewesen ist, sondern auch an das Sicherheitsbedürfnis der Sowjets, wenn ein solches tatsächlich und nicht nur in der Moskauer Propaganda besteht. Die Londoner Lösung der deutschen Rüstungsfrage ist für die Sowjets der zwingende Beweis, daß der Westen mit deutscher Beteiligung ein reines Verteidigungssystem ohne jegliche Aggressionsabsicht aufbaut.

Chance für Gespräche

Nun hat man sich nur noch die Frage vorzulegen, ob das alles wieder an der Einsichtslosigkeit einer Mehrheit in der französischen Kammer scheitern wird. Die endgültige Entscheidung liegt tatsächlich wieder bei der Nationalversammlung. Entscheidet sie positiv, dann ist westlicherseits die Voraussetzung für ein Sicherheitsgespräch mit den Sowjets gegeben, das sich an Tatsachen hält und östliche Querschüsse weitgehend ausschaltet.

Es wird schließlich dann auch die Stunde Berlins gekommen sein, für dessen Status als verantwortlich von den drei Westmächten verteidigte Stadt die Konferenz keine Änderung gebracht hat. Die Position Berlins bleibt stabil. Berlin hat sich zu bewähren und politisch zu rüsten für seine gesamtdeutsche Aufgabe, die für jede deutsche Regierung das Endziel dieses Londoner Beginnens sein muß.

Welt-Echo auf die Neuner-Konferenz

Washington (AP/DPA). Die Beschlüsse der Londoner Neunmächtekonferenz wurden in allen Teilen der freien Welt begrüßt. Die Sowjetunion äußerte sich noch nicht.

Präsident Eisenhower erklärte, der Ausgang der Londoner Konferenz sei ein großer Triumph und „eine der größten diplomatischen Errungenschaften unserer Zeit“.

Der französische Ministerpräsident Mendès-France sagte: „Ich bin recht glücklich, weil wir eine zufriedene Konferenz hatten.“

Der belgische Außenminister Spaak gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Londoner Vereinbarungen noch in diesem Jahr von allen in Frage kommenden Parlamenten ratifiziert werden.

Deutsche Einheit Ziel der westlichen Politik

Das Ergebnis der Londoner Konferenz — In sechs Hauptpunkten festgelegt

London (AP/DPA). Die Ergebnisse der Londoner Neunmächtekonferenz wurden in einer „Londoner Akte“ und mehreren Anlagen zusammengefaßt, die von den Außenministern in einer feierlichen Zeremonie unterzeichnet wurden. Die Londoner Akte regelt die Frage der Souveränität für die Bundesrepublik und des deutschen Verteidigungsbeitrages innerhalb des erweiterten und abgeänderten Brüsseler Paktes sowie das Verhältnis zwischen dem Brüsseler Pakt und der NATO.

Alle Beschlüsse der Konferenz sind Teil einer allgemeinen Regelung, die alle NATO-Mächte angeht und die daher dem NATO-Rat zur Kenntnisnahme oder zur Beschlußfassung vorgelegt werden muß.

Der erste Teil der Londoner Akte betrifft die Beendigung des Besatzungsstatus. Die drei Westmächte erklären, daß sie das Besatzungsregime in der Bundesrepublik so bald als möglich beenden wollen.

Da diese Vereinbarung von den Parlamenten der drei Länder ratifiziert werden muß, haben sich die Westmächte bereit erklärt, bis zur formellen Aufhebung des Besatzungsstatut ruhen zu lassen. Die Oberkommissare werden von sofort an keinen Gebrauch mehr von den Befugnissen machen, die aufgegeben werden sollen. Ausgenommen davon bleiben das Gebiet der Abrüstung und der Entmilitarisierung.

Brüsseler Pakt

Im Punkt 2 werden die Bundesrepublik und Italien eingeladen, dem Brüsseler Pakt beizutreten. Das System der gegenseitigen automatischen Bestandsleistung im Angriffsfall wird damit auf die Bundesrepublik und Italien ausgedehnt.

Der Verteidigungsbeitrag, den alle Mitglieder der Brüsseler Organisation im Rahmen der NATO leisten, wird durch ein besonderes Abkommen festgesetzt werden. Der Umfang und die allgemeine Beschaffenheit des deutschen Verteidigungsbeitrages wird dem für die EVG festgesetzten Beitrag entsprechen.

Der Bundeskanzler verpflichtete sich in diesem Zusammenhang, daß die Bundesrepublik auf ihrem Gebiet keine Atom-, bakteriologischen und chemischen Waffen herstellt.

Abschnitt 3 enthält die Erklärung von Außenminister Dulles, er wolle dem Präsidenten empfehlen, die Zusicherungen zu erneuern, die er im letzten Frühjahr im Zusammenhang mit dem EVG-Vertrag angeboten habe. Er enthält ferner die Zusage Außenminister Edens für Großbritannien, daß die auf dem Kontinent stationierten britischen Truppen, falls die vertraglichen Abmachungen von den Parlamenten ratifiziert werden, der Mehrheitsentscheidung des Brüsseler Paktes unterstellt werden.

Beitritt zur NATO

Der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und Empfehlungen für eine Verstärkung der NATO-Organisation sind in Abschnitt 4 enthalten. Der NATO-Oberbefehlshaber wird größere Vollmachten erhalten und u. a. ermächtigt werden, die Truppen der Brüsseler Paktstaaten nach den militärischen Erfordernissen zu verschieben. Ferner soll die auf 20 Jahre befristete Laufzeit des NATO-Paktes auf unbegrenzte Zeit verlängert werden. Über den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO, der von allen auf der Londoner Konferenz vertretenen acht NATO-Staaten empfohlen wurde, wird der NATO-Rat auf einer Sonder Sitzung Mitte Oktober entscheiden.

Friedliche Wiedervereinigung

Abschnitt 5 enthält eine politische Grundsatzklärung Dr. Adenauers und der Westmächte zur Deutschlandpolitik. Die Erklärung des Bundeskanzlers hat folgenden Wortlaut:

„Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich bereit, ihre Politik gemäß den Grundsätzen der UN-Satzung zu gestalten und nimmt die in Artikel 2 dieser Satzung enthaltenen Verpflichtungen an. Nach ihrem

Beitritt zur NATO und zum Brüsseler Vertrag erklärt die Bundesrepublik, daß sie sich aller Maßnahmen enthalten wird, die mit dem streng defensiven Charakter dieser beiden Verträge unvereinbar sind. Insbesondere verpflichtet sich die Bundesrepublik, die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Änderung der gegenwärtigen Grenzen nicht mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen und alle zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten gegebenenfalls entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen.“

Grenzen durch Friedensvertrag

Die drei Westmächte erklären, daß sie die Bundesregierung als die rechtmäßige und für ganz Deutschland sprechende Regierung anerkennen und daß für sie eine gesamtdeutsche Friedensregelung, die den Grundstein legen soll für einen dauerhaften Frieden, weiterhin das wesentliche Ziel ihrer Politik bleibt. Die endgültige Festsetzung der Grenzen Deutschlands soll einer solchen frei zwischen Deutschland und seinen früheren Feinden ausgehandelten Regelung überlassen bleiben.

Sie erklären darüber hinaus, daß die Schaffung eines völlig freien und durch friedliche Mittel vereinigten Deutschlands das fundamentale Ziel ihrer Politik ist, daß die Sicherheit Berlins als wesentliches Element des Friedens angesehen wird und daß sie dementsprechend Streitkräfte in Berlin unterhalten werden. Sie bestätigen erneut, daß sie jeden Angriff gegen Berlin als einen Angriff auf ihre Streitkräfte und sich selbst ansehen werden.

Sachverständige eingesetzt

Der letzte und 6. Abschnitt der Schlußakte behandelt das künftige Verfahren. Für den 22. Oktober wird eine Ministerkonferenz der NATO-Staaten vorgeschlagen. Dieser Konferenz soll eine Zusammenkunft der vier Außenminister über die Frage der deutschen Souveränität und eine neue Neunmächtekonferenz vorausgehen.

Ernst Reuter bleibt unvergessen

Feierliches Gedenken an seinem einjährigen Todestag

Berlin (Eigenbericht). Berlin gedachte am Mittwoch des Todestages von Ernst Reuter. Viele Zehntausende von Kerzen leuchteten bis in die späten Abendstunden in den Fenstern. Ein besonders eindrucksvolles Bild bot die Bernauer Straße an der Sektorengrenze. Auch zahlreiche Geschäftsleute hatten Kerzen aufgestellt.

In den frühen Morgenstunden hatten sich am Grabs Reuter

Reuters die nächsten Angehörigen versammelt. Das Grab war über und über mit Blumen und Kränzen bedeckt. Als Zeichen für das Fortwirken der Persönlichkeit Reuters wurde eine Ernst-Reuter-Eiche gepflanzt. Der Bundesbevollmächtigte für Berlin, Dr. Vockel, legte im Auftrage des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers Kränze nieder. Dann folgten der Regierende Bürgermeister

Dr. Schreiber sowie der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Suhr.

In seiner Gedenkrede sagte Dr. Schreiber, Ernst Reuter sei weit über die parteipolitische Enge hinausgewachsen. „Wir wissen, was wir ihm verdanken, und wir werden das immer bei uns im Herzen behalten.“ Kurze Zeit verweilten auch die drei westlichen Stadtkommandanten am Grabe.

In der Brandenburg-Halle des Rathauses Schöneberg wurde im Rahmen einer Feierstunde, an der auch Vertreter des Präsidiums des Deutschen Städtetages teilnahmen, die Reuter-Büste von Prof. Heiliger enthüllt.

Am Abend gedachte Dr. Schreiber des Todestages in Ansprachen über den „Sender Freies Berlin“ und über den RIAS. Die Erinnerung an Ernst Reuter lebe weiter, so sagte er. In diesem Sinne sollte das gemeinsame Ziel bleiben: Einheit und Freiheit im wiedervereinten Vaterland. In diesem Sinne sollte man Ernst Reuters gedenken und jeder an seinem Platz der Sache der Freiheit dienen.

Enge Bande mit der Türkei

Staatsbesuch in Bonn — Ein starker Schutzwall

Bonn (AP/DPA). Der türkische Ministerpräsident Menderes stattet zur Zeit der Bundesrepublik einen einwöchigen Staatsbesuch ab. In seiner Begleitung befinden sich Außenminister Köprülü, acht Staatssekretäre und leitende Ministerialbeamte, 25 türkische Journalisten und der deutsche Botschafter in Ankara, Dr. Haas.

Während ihres Bonner Aufenthaltes werden Menderes und Köprülü mit Bundeskanzler Adenauer, Bundespräsident Heuss, Staatssekretär Hallstein, Bundestagspräsident Dr. Ehlers, Bundeswirtschaftsminister Erhard und anderen Mitgliedern der Bundesregierung Besprechungen führen.

Vor seiner Abreise in Ankara hatte Menderes am Freitag erklärt, daß die guten Ergebnisse des Türkei-Besuches Adenauers im März dieses Jahres durch seinen eigenen Deutschlandbesuch jetzt bekräftigt würden.

Der Bundeskanzler wies in seiner Begrüßungsansprache besonders auf die engen Bande zwischen den beiden befreundeten Nationen hin.

Durch ihr zielbewußtes inneres und äußeres Aufbauwerk sei die Türkei zu einem starken Pfeiler in dem Schutzwall der freien Welt gegenüber der Gefahr aus dem Osten geworden.

Roter Landungsversuch abgeschlagen

Taipeh (AP/DPA). Die Kampfhandlungen zwischen Rotchina und Nationalchina im Seegebiet von Formosa haben sich zum

ersten Male auch auf die Matsu-Inselgruppe vor der Küste der chinesischen Provinz Fukien ausgedehnt.

Das nationalchinesische Verteidigungsministerium gab bekannt, daß ein Landungsversuch von rotchinesischen Einheiten auf einer zur Matsu-Gruppe gehörenden Insel zurückgeschlagen worden sei. Von dieser Insel aus operieren nationalchinesische Schiffe und Truppen.

Fragen zum Moskauer Abrüstungsvorschlag

New York (AP). Der britische Staatsminister Lloyd und der französische Delegierte de Beaumont haben als Sprecher ihrer Länder in der UN-Vollversammlung den überraschenden Kompromißvorschlag des sowjetischen UN-Delegierten Wyschinski in der Abrüstungsfrage begrüßt.

Wyschinski hatte sich bereit erklärt, die im vergangenen Juni in London zum Stillstand gekommenen Abrüstungsverhandlungen auf der Grundlage des damals von der Sowjetunion abgelehnten britisch-französischen Kompromißvorschlages wieder aufzunehmen. Dieser Plan sah eine stufenweise Verminderung der Rüstungen ohne Unterschied zwischen Atom- und herkömmlichen Waffen mit internationaler Kontrolle vor. Die Frage ist vor allem, wie weit die Sowjetunion tatsächlich jetzt eine internationale Kontrolle zuzulassen bereit ist.

De Beaumont betonte, die Vorschläge Wyschinskis ver-

dienten volle Aufmerksamkeit. Zum erstenmal habe die Sowjetunion in dieser Frage einen Schritt vorwärts getan, während die Versuche zur Versöhnung der gegenseitigen Ansichten bisher nur vom Westen ausgegangen seien.

Staatsminister Lloyd hatte vorher erklärt, daß die sowjetischen Vorschläge die Möglichkeit eines Fortschritts in der Abrüstungsfrage eröffneten. Der sowjetische Delegierte habe jedoch viele Fragen unbeantwortet gelassen, deren Erläuterung notwendig sei.

Kreml beendet Tito-Blockade

Belgrad (DPA). Die Sowjetunion beendete mit der Unterzeichnung eines sowjetisch-jugoslawischen Handelsvertrages ihre sechsjährige Wirtschaftsblockade gegen Jugoslawien. Zwischen den beiden Staaten wurde ein bis Jahresende geltendes Abkommen auf Tauschbasis geschlossen.

Fünf Jahre ist das gut gegangen ...

Spottverse begleiten den „Geburtstag“ der SED-Regierung

In verschiedenen Ostberliner Betrieben tauchten dieser Tage Losungen an Wänden und Maschinen auf, wie: „Fünf Jahre ist das gut gegangen, im vierten wär sie beinah draufgegangen!“ Da es sich nicht um Flugzettel, sondern um handgemalte Losungen handelt, die ja nur von Betriebsangehörigen stammen können, kann die SED hier nicht einmal behaupten, es sei nur westliche Propaganda. Tatsächlich haben die Arbeiter diesmal noch mehr Reime für das kommunistische Geburtstagskind erdacht. Sie begegnen damit der Propaganda, die die SED mit einem an sich blamablen Ereignis betreibt.

Da steht an einer Wandzeitung, quer über einen Leitartikel des Zentralorgans geschrieben: „Fünf Jahre mußten wir's verwinden, im sechsten muß die SED verschwinden!“ Oder an einer Fabrikhalle: „Wir feiern Pieck und Grotewohl, damit sie bald der Teufel hol!“

Niemand hat die SED damals vor fünf Jahren an die Regierung gerufen, niemand hat die legale Möglichkeit, sie abzu-berufen. Warum soll man so etwas feiern? Ohne die sowjetischen Panzer hätte die SED ihren 4. Jahrestag nicht mehr erlebt. Das wäre ein Ereignis gewesen. Aber so?

Alte Versprechen

Ist die SED in der Lage, die Bilanz dieser fünf Jahre öffentlich kundzutun? Sie müßte dann dem Arbeiter ihr damaliges Programm von 1949 darlegen: Nie wieder Remilitarisierung, nie wieder Rüstung, nie wieder Jugendliche zur Armee! Keinen Arbeitsdienst, keine Ausbeutung, in vier Jahren den Lebensstandard der Vorkriegszeit überflügelt! Abschaffung der Lebensmittelkarten, sobald die Fett- und Fleischlücke geschlossen ist. Rascher und unbeirrter Kurs auf die Wiedervereinigung Deutschlands!

Und was haben jene fünf Jahre nacheinander gebracht? Eine Remilitarisierung großen Umfangs, Aufbau einer Rüstungsindustrie, deren rücksichtsloses Vorantreiben auf Kosten der Lebenshaltung den 17. Juni heraufbeschworen hat. Rekrutierung 17jähriger FDJler für die kasernierte Volkspolizei. Normentreiberei und Zwangswettbewerbe, ein Lebensstandard, der keinen Vergleich mit irgendeinem westlichen Land zuläßt. Die Lebensmittelkarten werden im 6. Jahr für „fort-

schrittlich“ erklärt. Und die Wiedervereinigung Deutschlands? Tote Zonen an den Zonengrenzen, die Abriegelung Westberlins und konsequente Isolierung der Sowjetzone liegen als Meilensteine auf dem politischen Fünf-Jahres-Weg der SED.

Kein Rückblick

Über die Zukunft verlaublich die SED kein Wort. Denn diese bringt keine Abkehr von der verhängnisvollen Linie kommunistischer Deutschland-Politik. Einen Rückblick kann sich die SED nicht leisten, eine Vorschau noch viel weniger. So darf sie allenfalls erleichtert feststellen, daß so etwas fünf Jahre lang gut gegangen ist. Trotz eines

Noch stärkere Ausbeutung der Jugend

„Unsere ganze Sorge gilt der werktätigen Jugend“, behauptet die SED bei jeder möglichen Gelegenheit. Die Praxis der Normentreiberei und der Sonderschichten sieht anders aus. Nunmehr sollen selbst die bisher auf dem Papier stehenden Schutzgesetze für Jugendliche weitgehend abgeändert werden. Der FDJ-Zentralrat beschäftigt sich zur Zeit mit den bisher geltenden Jugendarbeitsschutzgesetzen und wünscht u. a. eine Aufhebung der Arbeitsbeschränkungen für 18- bis 20jährige Jugendliche. Die Mädchen sollen natürlich hinter ihren männlichen Kollegen nicht „zurückstehen“, deshalb wird im Rahmen der Gleichberechtigung vorgeschlagen, alle Sonderbestimmungen für Mädchen ebenfalls außer Kraft zu setzen.

Seeleute flüchteten

London (DPA). Zwei Seeleute aus der Sowjetzone haben im

17. Juni, der jeden historischen Rückblick vergällt.

Vielsagende Zahlen

Einen Rückblick, in dem auch noch andere Zahlen wesentlich wären. Der „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen“ hat sie dieser Tage als Bilanz des fünf Jahre SED-Regimes zusammengestellt:

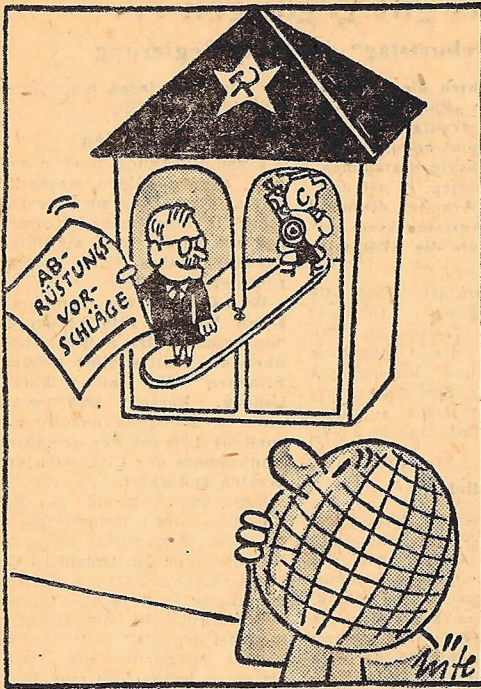
Bei den letzten demokratischen Wahlen 1946 hatten die Sowjetzonen-CDU und die -LDP über die Hälfte aller gültigen Stimmen für sich buchen können. Bereits 1950 waren unter dem Druck des Terrors rund 60 Prozent der gewählten Funktionäre der CDU nach dem Westen geflüchtet.

Von den ehemals 46 Mitgliedern des Gründungsausschusses der CDU bekleiden Nuschke und der Präsident der Länderkammer, Dr. Lobedanz, als einzige heute noch die Funktionen. Ähnlich ist die Entwicklung bei der LDP verlaufen, wo 100 000 Mitglieder die Partei verlassen haben und fast 70 000 von ihnen in den Westen geflüchtet sind.

Hafen von Grimsby ihr Schiff verlassen und sich den britischen Behörden gestellt. Die Namen der beiden Matrosen werden mit Klingenberg und Arnaun angegeben. Ihr Schiff, der Heringsfänger „Karl von Ossietzky“, ist ohne sie wieder ausgelaufen. Der Dampfer war in Grimsby vor Anker gegangen, um die Überführung eines auf See erkrankten anderen Matrosen ins Krankenhaus zu veranlassen.

Flugblätter über Ungarn

München (AP). Die anti-kommunistische Organisation „Kreuzzug für die Freiheit“ hat mit neu entwickelten Stratosphärenballons eine Flugblattaktion gestartet. Millionen von Flugblättern wurden über Ungarn automatisch abgeworfen. Zusammen mit dieser Aktion läuft eine verstärkte Rundfunkarbeit für ungarische Hörer des Senders „Freies Europa“ an.



Sowjetisches Wetterhaus

Antireligiöse Kampagne in Polen

Berlin (hvp). Auch in Polen führen die Kommunisten jetzt eine verstärkte anti-religiöse Propagandakampagne durch, die sich sowohl auf die besetzten deutschen Gebiete wie auf Zentralpolen erstreckt.

Im polnischen Verwaltungsteil von Ostpreußen wurde die Bevölkerung zum Besuch von „Ausspracheversammlungen“ über das Thema „Religion und der sozialistische Staat“ aufgefordert. In Ostpommern richteten die kommunistischen Parteileitenden scharfe Angriffe gegen evangelische und katholische Geistliche, denen sie vorwarfen, „in verbrecherischer Weise gegen Volkspolen gehandelt“ zu haben, da sie die Auffassung vertreten hätten, daß die deutschen Ostgebiete immer noch als deutsches Staatsgebiet zu betrachten seien.

Bei den „Ausspracheversammlungen“ in Waldenburg, Schweidnitz und Reichenbach wurde erklärt, die Staatlichen Sicherheitsorgane würden künftig schärfer gegen Geistliche vorgehen, die den Gläubigen raten, „mehr an Gott, als an den sozialistischen Aufbau zu denken“. Das sei ein gefährlicher Standpunkt.

Er wollte kein Spitzel sein

Berlin (DPA). Der stellvertretende Vorsitzende und Organisationsleiter des Bezirksverbandes Suhl der Sowjetzonen-CDU, Karl Paulsen, ist nach Westberlin geflüchtet, um seiner Verhaftung zu entgehen. Wie er erklärte, hatte er beim Katholikentag in Fulda als Spitzel arbeiten sollen.

Kapitulation?

DT. Einige westdeutsche Zeitungen veröffentlichten dieser Tage zu den bevorstehenden „Wahlen“ der Sowjetzone einen Artikel ihres Berliner Korrespondenten, der hinsichtlich der Vorgeschichte dieses kommunistischen Wahltheaters einen fundamentalen Irrtum enthält. In dem Artikel ist u. a. zu lesen:

„Ursprünglich waren nur die Parteien — SED, CDU und LDP — am Block beteiligt und berechtigt, Wahllisten aufzustellen. Mitte 1946 aber kapitulierten die beiden bürgerlichen Parteien vor der Forderung der SED, auch die Massenorganisationen gleichberechtigt zuzulassen... Die Kapitulation von 1946 schuf die Voraussetzung dafür, daß CDU und LDP auf der Einheitsliste jetzt in Minderheit sind.“

Diese Darstellung ist völlig falsch. In Wirklichkeit haben die sogenannten Massenorganisationen dem Blockausschuß der

Parteien bis zum Ende des Jahres 1947, d. h. bis zu der großen Krise, die um die Volkskammer ausbrach und mit der durch sowjetischen Befehl erfolgten Absetzung Jakob Kaisers als Vorsitzender der CDU endete, nicht angehört. Sie gehörten ihm deshalb nicht an, weil ihre von den Sowjets und der SED geforderte Beteiligung auf den schärfsten Widerstand der CDU-Führung stieß und von ihr immer abgelehnt wurde. Die Absetzung Kaisers erfolgte ja gerade zu diesem Zwecke, um für die sowjetzonalen Massenorganisationen den Weg in die Politik und in die illegale Volkskammer frei zu machen.

Was insbesondere die sogenannten Massenorganisationen betrifft, so wurde noch am 12. Juli 1947 von dem Zonenvorstand der CDU unter dem Vorsitz Jakob Kaisers eine Entscheidung gefaßt, in der ausdrücklich festgestellt wurde,

daß nur die politischen Parteien die Träger und Organe der politischen Willensbildung des Volkes seien. Weiter wurde erklärt, daß die Blockausschüsse der Parteien keine organisatorischen Formen bilden dürften, die sich zu Ersatz-Parlamenten auswachsen und sich den verfassungsmäßigen Parlamenten vor- oder nebenordnen könnten. Schließlich wurde in jener Entscheidung ausdrücklich betont, daß die Hinzuziehung anderer Organisationen zu den Blockausschüssen der Parteien nur in der Weise möglich sei, daß sie „bei Bedarf im Einzelfalle beratend gehört werden. Beschlüsse können nur einstimmig durch die Parteien gefaßt werden“.

Hier wurde in den Jahren 1946 und 1947, auf die sich der Verfasser des fraglichen Artikels bezieht, also nicht kapituliert, sondern es wurde erbittert und mit Erfolg gekämpft, es wurde Widerstand geleistet, und zwar in Gegenwart hoher sowjetischer Offiziere.

Das radioaktive Zeitalter

Die Ausstellung „Atom“ zeigt die Welt der Zukunft

Berlin (Eigenbericht). Das Marshall-Haus auf dem Ausstellungs Gelände am Berliner Funkturm ist jetzt, während der großen Deutschen Industrieausstellung Berlin 1954, eine einzige Demonstration der friedlichen Anwendung der Atomwissenschaft. Noch nie sah Europa eine derart zusammenhängende Darstellung der Geschichte und der Erfolge der Atomforschung.

Die Ausnutzung der bei der Atomkernspaltung anfallenden großen Wärmemengen in Kraftwerken für die Stromerzeugung steht zwar noch im allerersten Anfange, aber die Anwendung der sogenannten Radioisotopen, das heißt strahlenausendender Atome für die Medizin, ist schon Allgemeingut geworden. Die Herstellung von Radioisotopen wird heute von der Wissenschaft als das bedeutendste Mittel zur Heilung und Erforschung seit der Erfindung des Mikroskops bezeichnet.

Für die Behandlung von Krebs, Schilddrüsenerkrankungen und Gehirntumoren sind die Radioisotopen von ungeheurem Wert. Ein Modell im amerikanischen Marshall-Haus zeigt, wie radioaktiver Kobalt bei der Abheilung tiefsitzender Tumore arbeitet.

Die Neutronentherapie für Gehirntumore wird ebenfalls an Modellen gezeigt. Die Patienten müssen Bor einnehmen und werden danach für einige Minuten Atomstrahlen ausgesetzt. Das Bor, das sich an der erkrankten Stelle ansammelt, wird radioaktiv und vernichtet die Krebszellen.

Als sogenannte „Spurenelemente“ werden die Radioisotope zur Diagnose benutzt. Durch Injektion von radioaktivem Jod können krebserkrankte Gewebe im ganzen Körper sofort festgestellt werden.

Mit Hilfe von radioaktiven Materials sind neuerdings tragbare Röntgenapparate konstruiert worden. Damit können Patienten z. B. nach Unglücksfällen

oder wenn sie aus anderen Gründen nicht transportfähig sind, an Ort und Stelle durchleuchtet werden. Das Gerät mit radioaktivem Thulium sieht aus wie eine kleine Laterne, wiegt zehn Pfund und hat die Stärke eines 100 000-Volt-Röntgenapparates!

In der Landwirtschaft ist es möglich, mit Hilfe von Radioisotopen die Aufnahme von Düngemitteln durch Pflanzen zu verfolgen. In der milchgebenden Kuh kann man den Stoffwechsel genau beobachten, wenn man

den Radioisotopen „auf der Spur bleibt“.

Im Marshall-Haus ist ein „heißes“ Laboratorium aufgebaut, das zeigt, wie in den Atomfabriken, Krankenhäusern und Instituten mit dem radioaktiven Material durch automatische Greifer, durch dicke Glaswände und isolierte Räume hindurch gearbeitet wird. Durch meterdicke Beton- und Glaswände führen die „magischen Hände“ genau dieselben Bewegungen aus wie die des bedienenden Menschen.

Die Ausstellung lehrt, daß die Welt am Beginn des neuen „radioaktiven Zeitalters“ steht und daß es gilt, alle Bemühungen darauf zu richten, den Nutzen dieser genialen Entdeckungen so schnell und so breit gestreut wie möglich der ganzen Menschheit dienstbar zu machen.

Die erste Kirche für StalinStadt

Berlin (DPA). In „StalinStadt“ wurde die Kirchenbaracke der evangelischen Gemeinde durch Generalsuperintendent D. Dr. Günter Jacob eingeweiht. Der Leiter des Berliner Zentralbüros des Evangelischen Hilfswerks, Pfarrer Berg, war nicht anwesend, da der von ihm beantragte Passierschein nicht ausgestellt worden war.

Roboter-Polizist in London

London (Eigenbericht). Ein Roboterpolizist mit Elektronengehirn ist dazu auserkoren worden, Londons schwierigstes Verkehrsproblem zu lösen. Er wird mitten auf dem Oxford Circus im Stadtzentrum aufgestellt, wo tagesin, tagaus über 35 000 Motorfahrzeuge zwischen 8 Uhr morgens und 8 Uhr abends vorbeilehen. Das sind 50 Fahrzeuge in der Minute. Zur Hauptverkehrszeit ist die Zahl mitunter doppelt so hoch.

Der Roboterpolizist stellt nach Auffassung der Verkehrssachverständigen die Lösung des Problems dar. Mit seinem wachsamem „Auge“ überblickt er einen 1500 Meter langen Abschnitt der Oxford Street mit zwei Dutzend Querstraßen und Verkehrsampeln.

Das Elektronengehirn des Roboterpolizisten setzt sich aus Nachrichtenzentrale und Kommandoposten zusammen. Der Nachrichtenzentrale werden die Meldungen über die Zahl der in den Querstraßen wartenden Autos und die Verkehrssituation in der Hauptstraße von unter dem Asphalt liegenden Zählwerken automatisch übermittelt. Dieser Teil des Elektronengehirns übermitteln dem anderen Teil des gleichen Elektronengehirns laufend das zahlenmäßig registrierte Verkehrsbild im gesamten Operationsgebiet des Roboterpolizisten. Und diese zweite Gehirnhälfte, der Kommandoposten, entschließt sich auf Grund der Gesamtmeldungen zum Handeln, d. h. zum Umschalten der Verkehrssignale auf Rot oder Grün, je nach Erfordernis. Der Roboterpolizist schafft also das starre System ab, wonach bisher die Verkehrssignale automatisch in bestimmten Phasen wechseln.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Exil-CDU zur Einheitswahl

„Was sollen wir tun?“

Die Bevölkerung der Sowjetzone steht jetzt, in den Tagen vor der Einheitswahl, wieder einmal wie bei jeder von der SED befohlenen Zwangsabstimmung vor der Frage: „Was sollen wir tun?“ Eine tiefe innere Not bewegt die Menschen; die sich dagegen wehren, immer aufs Neue mißbraucht zu werden.

Sie wissen, welchen Zwang man auf sie ausübt und am 17. Oktober erst recht ausüben wird. Sie wissen ebenso, daß das offizielle Wahlergebnis genau so ausfällt, wie es die SED schon jetzt festgelegt hat. Daran ist nichts zu ändern. Und dennoch können und wollen sie nicht resignieren. Wenn es nun aber keine Möglichkeit gibt, an dieser „Wahl“ etwas zu ändern . . . , wäre es dann nicht doch klüger, hinzugehen, nicht mehr viel nachzudenken und einfach mitzumachen? Auf jeden Fall wäre es am einfachsten und niemand könnte dem einzelnen einen Vorwurf daraus machen.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Aber — kann man so denken? Darf man ohne den Versuch einer Abwehr alles über sich ergehen lassen? Soll die Einheitspartei so leichtes Spiel haben?

Keine echte Entscheidung

Die Oktoberwahl in der Sowjetzone ist ganz gewiß keine Entscheidung von wirklicher politischer Bedeutung. Die Welt weiß, was in den letzten Wochen in der Sowjetzone zur „Vorbereitung“ dieser Wahl geschah und was am 17. Oktober geschieht. Der Druck, der auf die Bevölkerung ausgeübt wird, und die Wahlfälschung sind so offensichtlich, daß niemand die Einheitswahl je als eine politische Willenskundgebung der Sowjetzonen-Bevölkerung werten wird.

Es ist nur das übliche Abstimmungsmanöver, das die SED von Zeit zu Zeit veranstaltet, um zu prüfen, wie

weit der Zwang und der Parteiapparat noch funktionieren. Selbst die winzigen örtlichen Schwankungen in den Prozentzahlen der Ergebnisse sind jetzt schon vorherbestimmt. Nicht die Meinung der Wähler sollen sie wiedergeben, sondern den Grad des Wohlwollens der Parteilührung gegenüber den einzelnen Funktionären, die als Kandidaten auftreten.

Trotzdem: Gegenwehr!

Und doch — trotz all dieser Tatsachen wehrt sich jeder aufrechte Mensch in der Zone innerlich dagegen willenloses Rächen in einer solchen Abstimmungsmaschinerie zu sein. Er lehnt sich dagegen auf, weil er vor sich selbst sein Gesicht bewahren und nicht kapitulieren will. Und deshalb soll er auch nicht nachgeben. Wo der ein-

zeln irgendeine Möglichkeit entdeckt, seine Ablehnung gegen das SED-Regime am 17. Oktober zu zeigen, ohne dabei sein Leben und seine Existenz zu gefährden, da soll er sie entschlossen wahrnehmen. Ob es solche Möglichkeiten gibt, ob ein Fernbleiben von der Wahl möglich ist oder ablehnende Kennzeichnung des Stimmtzettels, hängt von den örtlichen Verhältnissen ab.

Für die SED werden solche Zeichen der Ablehnung, auch wenn sie in dem nachträglich gefälschten Wahlergebnis gar nicht auftauchen, sehr deutliche und beunruhigende Merkmale sein. So selbstsicher sich diese Partei auch gebärdet, sie reagiert überaus empfindlich auf jede Andeutung eines Widerstandes, den sie trotz aller Gewalt doch nicht zu brechen vermag.

So gesehen, hat es sehr wohl einen Sinn, nicht zu resignieren und sich gegen diese „Wahl“ und diesen Wahlbetrug aufzulehnen. Doch zu verlangen, daß sich Menschen deshalb einer persönlichen Gefahr aussetzen — dazu ist die Zeit noch nicht reif.

SED-Funktionäre ‚garantieren‘ Wahlergebnis

Berlin (Eigenmeldung). Die Sowjetzonen-Regierung und der Ostberliner Bürgermeister Ebert haben* in vertraulichen Rundschreiben die Bezirks- und Kreisverwaltungen angewiesen, die Wahlvorstände in der gleichen Form wie zur Volksabstimmung zusammenzusetzen. Die Vorsteher von Wahllokalen, ihre Stellvertreter sowie der Schriftführer müssen also Funktionäre der SED sein. Die Nuschke-CDU und die LDP müssen als Statisten Beisitzer delegieren.

Wo blieb das Geld?

Berlin (Eigenmeldung). Während des Streikes in Hamburg und Bayern wurden von den meisten Betrieben der „DDR“ zwangsweise, auf Anordnung des kommunistischen FDGB, sogenannte Solidaritätserklärungen abgegeben und Gelder vom Lohn zur Unterstützung der streikenden Kollegen einbehalten. Diese „Spenden“ flossen zum größten Teil dem FDGB zu. Die Bezirksleitung Potsdam z. B. hielt die

gesammelten Gelder zurück und verwendete sie zum Druck von Propagandazeitschriften.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.